

# **DARF MAN IN EINEM RECHTSSTAAT ...**

**FLORIAN HAASE**

**... AUCH LINKS FAHREN?**

**EIN UNTERHALTSAMER  
KURZTRIP DURCH UNSERE  
STAATSFORM**





**Florian Haase**

# **Darf man in einem Rechtsstaat auch links fahren?**

**Ein unterhaltsamer Kurztrip durch unsere Staatsform**



**Haase, Florian: Darf man in einem Rechtsstaat auch links fahren?  
Ein unterhaltsamer Kurztrip durch unsere Staatsform. Hamburg,  
acabus Verlag 2018**

3. Auflage

ISBN: 978-3-86282-542-4

Dieses Buch ist auch als eBook erhältlich und kann über den Handel  
oder den Verlag bezogen werden.

ePub-eBook: ISBN 978-3-86282-544-8

PDF-eBook: ISBN 978-3-86282-543-1

Lektorat: Antonia Stüß, Kristin Hinz, acabus Verlag

Satz: Kristin Hinz, Dagmar Tietgen, acabus Verlag

Cover: © Marta Czerwinski, acabus Verlag

Covermotiv: © designed by Freepik

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der  
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind  
im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Der acabus Verlag ist ein Imprint der Diplomica Verlag GmbH,  
Hermannstal 119k, 22119 Hamburg.

---

© acabus Verlag, Hamburg 2018

1. Auflage 2018, acabus Verlag Hamburg

Alle Rechte vorbehalten.

<http://www.acabus-verlag.de>

Printed in Europe

**Für meine Kinder C. und M. und „die beste Ehefrau von allen“  
(die weiterhin friedlich in einem Rechtsstaat leben mögen)**

---

\* Hommage an den israelischen Satiriker Ephraim Kishon.



# Kapitelübersicht

<b>Vorwort</b>	<b>9</b>
<b>Einleitung</b>	<b>11</b>
<b>Was ist Recht?</b>	<b>37</b>
<b>In guter Verfassung</b>	<b>65</b>
<b>Grund + Recht = Grundrecht</b>	<b>131</b>
<b>Es ist angerichtet</b>	<b>205</b>
<b>Hilfflos - Grenzen des Rechtsstaats</b>	<b>223</b>
<b>Geld stinkt - nicht?</b>	<b>265</b>
<b>Jauchzet, frohlocket</b>	<b>295</b>
<b>Humorlosigkeit - ein Menschenrecht?</b>	<b>313</b>
<b>Madrid oder Mailand, Hauptsache Italien</b>	<b>333</b>
<b>Nachwort: Rechtsstaat beginnt im Kopf</b>	<b>389</b>





# Vorwort

Dieses Buch soll Interesse wecken an dem Staat, in dem wir leben, und seinen rechtlichen Grundlagen. Und es soll ein wenig Spaß machen – in Kombination also keine leichte Aufgabe für mich, den Autor. Das Recht gilt ja gemeinhin als ziemlich trockene Angelegenheit – zu Unrecht! Das Recht ist im Grunde sehr lebendig und lebensnah, weil es die Grundlage für das tägliche Miteinander aller Menschen bildet, die in einem Staat leben und arbeiten.

Wir leben in Deutschland, da verrate ich den Wenigsten eine Neuigkeit, in einer Demokratie und einem Rechtsstaat, was im Vergleich zu anderen Ländern allerdings schon einmal eine ziemlich komfortable Ausgangsposition für uns Bürger ist. Wer das anders sieht, sollte ruhig mal versuchen, sich auf dem 'Tian'an-men-Platz in Peking nackt auszuziehen und „Nieder mit der Regierung!“ zu rufen. Ich möchte zwar nicht ernsthaft zu derlei Unsinn auffordern, aber Sie, lieber Leser, können sicher sein, dass Sie ein solches Vorhaben im Vergleich dazu vor dem Kölner Dom oder der Elbphilharmonie (Hurra, endlich!) relativ unbehelligt zum Ende bringen können. Mit ernsthaften Konsequenzen wird man jedenfalls im Inland kaum zu rechnen haben – nur dass Psychotherapiesitzungen auf Dauer auch recht teuer werden können.

Jeder in Deutschland lebende Bürger wird, da bin ich sicher, im Laufe seines Lebens einmal an einen Punkt kommen, an dem ihm die Vorzüge von Demokratie und Rechtsstaat nützlich sein werden. Und es wird aber leider auch – nur hoffentlich deutlich weniger – Bürger geben, die die Grenzen von Demokratie und Rechtsstaat kennenlernen müssen.

Es kann also so oder so nicht schaden, sich mit der Staatsform, in der wir leben, in den Grundzügen vertraut zu machen – zumal man vorher nicht wissen kann, zu welcher der beiden vorgenannten Personengruppen man gehört. Die Auswahl der Themen ist natürlich subjektiv, aber ich bin zuversichtlich, dass für jeden Interessierten etwas dabei ist. Die bescheidene Zielsetzung des Autors wäre jedenfalls bereits erfüllt, wenn jeder Leser sich zu den ausgewählten Themen seine eigene Meinung bildete – dies ungeachtet der Tatsache, dass mir mein kleiner Ausflug in die Populärwissenschaft sehr viel Spaß bereitet hat und hoffentlich auch Ihnen, lieber Leser, beim Lesen durchaus hier und da ein Schmunzeln entlockt.

Den Erbsenzählern und Berufskritikern – vor allem aus dem Berufsstand der Juristen – sei zudem gesagt, dass es in diesem Buch allein um die laienverständliche Veranschaulichung von Grundzügen geht. Einige Aussagen sind daher sehr vereinfacht bzw. vereinfachend, zu Zwecken der Verdeutlichung zugespitzt und nicht immer bis zum letzten theoretischen Ausnahmefall juristisch zutreffend.

Ungeachtet dessen hoffe ich, dass unsere Staatsform nach der Lektüre dieses Büchleins ein paar „Follower“ mehr hat. „Liken“ kann man den Rechtsstaat zwar nicht, aber wenigstens im Geiste sollten wir dies hin und wieder tun.

Hamburg, im Winter 2017/2018

Florian Haase

# Einleitung

## Warum dieses Buch?

### **Egal, wie leer Du Dich fühlst, einer ist immer Lehrer!**

Sie, lieber Leser, mögen mir diese lächerliche, aber trotzdem reizvolle Plattitüde im rhetorischen Stilmittel eines Homophons (= gleichklingende Wörter unterschiedlicher Bedeutung) gleich zu Beginn dieses Buches verzeihen, aber sie erinnert mich unweigerlich an meine eigene Schul- und Universitätsausbildung. Lehrer, von Altbundeskanzler Gerhard Schröder dereinst als „faule Säcke“ tituiert, insbesondere aber Hochschullehrer gelten ja zuweilen in der Tat, wenn nicht gar manchmal zu Recht als spießige, bornierte, humorlose, weltfremde oder besserwisserische Zeitgenossen, die ihre fachlichen Steckenpferde reiten und sonst nicht viel vom Leben verstehen. Wenn all diese Attribute zusammentreffen und es sonst keinen ausgleichenden positiven Wesenszug gibt, kann es natürlich unangenehm werden, keine Frage. Dass der Autor dieser Zeilen – seines Zeichens selbst Hochschullehrer – zumindest ein Besserwisser ist, würden jedenfalls meine Frau und die von mir unterrichteten Studenten und Studentinnen, die man heute zwar politisch korrekt, aber gänzlich unnötig zu „Studierenden“ zusammenfasst, vermutlich mit großer Freude bejahen.

Ein Besserwisser aber würde etwa bereits am Titel dieses Buches aussetzen haben, dass der dort genannte Rechtsstaat gar keine Staatsform im eigentlichen Sinne sei, sondern dass rechtsstaatliche Elemente lediglich und neben anderen Zügen ein wichtiges Charakteristikum der Staatsform Demokratie dar-

stellten. So verstanden wäre der Rechtsstaat eher ein bloßer Teilaspekt, ein unerlässlicher Bestandteil, eine Voraussetzung oder Bedingung der Demokratie. In der Tat ist eine Demokratie ohne rechtsstaatliche Elemente kaum vorstellbar – jedenfalls nicht nach westeuropäischem Verständnis. Mit derlei – im Übrigen in der deutschen Staatsrechtslehre umstrittenen – Feinheiten will ich Sie, lieber Leser, jedoch an dieser Stelle nicht behelligen. Ansonsten wäre sicherlich zu Recht zu befürchten, dass Sie das Buch bereits am Anfang zur Seite legen, was nicht nur wegen des bereits gezahlten und selbstredend nicht erstattungsfähigen Kaufpreises schade wäre. Zudem gibt es bekanntlich keine zweite Chance für den ersten Eindruck.

Ich möchte vielmehr kurz darüber rasonieren, was mein Beweggrund für das Schreiben dieses Buches war – abgesehen von der Tatsache, dass ich aufgrund der Geburt unseres zweiten Kindes während einiger Nachtwachen Zeit und Muße und einfach Lust zum Schreiben hatte (ich hoffe inständig, meine Frau liest niemals diese Zeilen). Seit einigen Jahren unterrichte ich an einer Hochschule in Hamburg Studierende der Wirtschaftswissenschaften in meinem Fachgebiet, der Rechtswissenschaft. Ich lehre sie also, um im oben angesprochenen Bild zu bleiben, mein ganz persönliches Steckenpferd zu reiten – freilich mit sehr unterschiedlichen Ergebnissen. Einige stürzen zunächst öfter vom Pferd als es gesund für sie ist, kommen dann aber wieder auf die Beine; manche laufen eher gemächlich Schritt, manche traben mutig voran und einige wenige schaffen es gar bis zum gestreckten Galopp. Wiederum andere – was Gott sei Dank nur die Ausnahme ist – reiten den sprichwörtlichen Gaul, bis dieser tot zusammenbricht. Alle Leistungsklassen sind also, ganz im Sinne der Gaußschen Normalverteilung, regelmäßig vertreten.

Ich führe die Studierenden in ebenso wichtige wie (manchmal leider nur für mich) spannende Themen wie das Europa-

recht, das Steuerrecht, das Gesellschafts- und Handelsrecht, das Kapitalmarktrecht oder das Insolvenzrecht ein. Vergnügungssteuerpflichtig sind Rechtsvorlesungen allerdings nicht von sich aus, da kann man sich als Dozent noch so sehr verausgaben. Dass mir angesichts des doch oft trockenen und schwer zugänglichen Stoffes nicht stets Begeisterung entgegenschlägt, versteht sich dabei von selbst. Ich erwarte dies auch nicht, weil ich ja schließlich selbst mal Student war – auch wenn das Unterrichten dann ohne Frage manchmal mehr Spaß machte (nicht: „Spaß machen würde“ – Sie erinnern sich an den Grammatikunterricht: „Wenn-Sätze“ sind würdelos! – Ich gebe mich aber so oft es geht der breiten Masse geschlagen, um nicht allzu altertümlich daherzukommen).

Ich glaube sogar, dass ich mit Studierenden der Wirtschaftswissenschaften durchaus noch überdurchschnittlich gut bedient bin. Und doch bin ich immer wieder, je nach meiner Tagesform, erstaunt, entsetzt oder amüsiert, wie wenig sich selbst Studierende der Wirtschaftswissenschaft über die zentralen rechtlichen Grundfragen des menschlichen Sozialverbandes, der sich gemeinhin Gesellschaft nennt, bzw. des Staates, in dem sie leben, Gedanken machen oder sich dafür interessieren, geschweige denn damit auskennen. Jedes Semester stelle ich, wenn es um die rechtlichen Grundlagen geht und auch wenn es vielleicht nicht zum Pflichtkanon eines jeden BWL-Studiums gehört, den Studierenden in meinen Kursen die gleiche Frage: „Was sind Ihre sogenannten Grundrechte und wo sind diese Grundrechte geregelt?“

Die Antworten, die ich daraufhin erhalte, machen mich – für einen Juristen eher ungewöhnlich – in schöner Regelmäßigkeit zumindest sprachlos. Wenn es zu arg wird, weine ich mich deshalb auch nachts in den Schlaf. Man mag vielleicht den Amerikanern – was unter der derzeitigen Präsidentschaft sicherlich

nicht besser geworden ist – jedenfalls in der Breite zuweilen fehlenden Tiefgang nachsagen, aber dass ein durchschnittlich gebildeter US-Bürger nicht im Schlaf die Bill of Rights (das sind die zehn ersten Zusatzartikel zur Verfassung der Vereinigten Staaten von 1789) herunterbeten könnte oder nicht zumindest wüsste, was das ist und wann sie verabschiedet wurde, kommt doch vergleichsweise selten vor.

Allerdings gibt es an unseren Schulen auch keinen dem Pledge of Allegiance, also dem Treuegelöbnis gegenüber der Nation und der Flagge der Vereinigten Staaten, vergleichbaren Ritus – vielleicht auch Gott sei Dank; oder können Sie, lieber Leser, sich etwa Ihren verhassten, komplexbehafteten Mathelehrer von damals vorstellen, wie er feierlich und voller Inbrunst jeden Morgen vor Schulbeginn um 7.30 Uhr vor versammelter Mannschaft ein staatstragendes Gelöbnis ablegt, nur um anschließend sofort wieder in seinen langweiligen, monotonen Frontalunterricht zu verfallen? Wohl kaum. Ein wenig mehr Patriotismus jedoch, und das meine ich im besten Sinne des Wortes, stünde uns Deutschen diesbezüglich dennoch gut zu Gesicht. Nicht im Sinne von „Germany First“, sondern eine dankbare, demütige Grundhaltung gegenüber unserer großartigen Staatsform betreffend.

## **Es gibt nur eins, was auf Dauer teurer ist als Bildung: keine Bildung**

Zurück zu meinen Studis: An guten Tagen habe ich vergleichsweise wenig zu klagen, was für einen Juristen naturgemäß kein schöner Geisteszustand ist, denn sie (be)klagen (sich) und verklagen (andere) nun einmal gerne. Es kommen dann in Bezug auf meine oben genannte Frage nach den Grundrechten des

Bürgers als Antworten immerhin Stichworte wie Versammlungsfreiheit oder Pressefreiheit, und auch von einem Gesetz namens Grundgesetz (allgemeiner, auch synonym verwendet: Verfassung) hat man schon vereinzelt gehört.

Es wird aber ebenso selbstsicher von Studierenden behauptet, dass (ad 1) die Menschenwürde nur Deutschen, nicht aber ausländischen Staatsbürgern zustehe, dass (ad 2) die Religionsfreiheit nur das Christentum, z. B. aber nicht den Islam erfasse, dass (ad 3) die Rechtsfähigkeit des Menschen ein Grundrecht sei, das im Grundgesetz geregelt ist und dass diese mit Vervollendung des 18. Lebensjahres eintrete, dass (ad 4) die Grundrechte von der Bundesregierung durch Regierungserklärung jederzeit geändert werden könnten und dass (ad 5) die Grundrechte gar nach den einzelnen Bundesländern variieren. Diese Kuriositätenliste wird sicherlich im Laufe meines Berufslebens noch ergänzt, aber schon die genannten „Top-Charts“ der Antworten aus den letzten Jahren sollten aufhorchen lassen.

Damit wäre wohl jedenfalls erwiesen, dass die Zeiten, in denen Absolventinnen und Absolventen zum bestandenen Abitur (wie seinerzeit noch der Autor dieser Zeilen im Jahre des Herrn 1994) eine Ausgabe des „Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland“ ausgehändigt bekommen und sie diese womöglich auch noch lesen, endgültig vorbei sind – und dies, obwohl inzwischen der gut sortierte App-Store auch eine „Grundgesetz-App“ vorhält. Ich will damit auch gewiss nicht in die allzu verführerische „Früher war alles besser und die Studierenden wissen immer weniger“-Litanei verfallen, was mangels einer verlässlichen empirischen Datenlage hierzu ebenso pauschal wie unrichtig und daher unfair wäre, und verkneife mir daher weitere Kommentare. Zudem würden die Studierenden sicherlich entrüstet mit einem entschiedenen „Wir können nicht weniger, wir können nur andere Dinge“ (gemeint sind wohl vor



allem „die neuen Medien“, die schon gar nicht mehr so neu sind) antworten, ohne dass wir in der Sache irgendwie weitergekommen wären.

Es ist ja auch unbestritten, dass es heute eine Kernkompetenz ist, etwa das iPad oder ein Samsung-Tablet in Sekunden-schnelle neu konfigurieren zu können (ich nenne hier juristisch korrekt beide Konkurrenzprodukte, um mir nicht den Vorwurf der Schleichwerbung einzufangen) oder mal eben, im Schach würde man sagen „En passant“, das Set-up für das digitale Haus inklusive automatischer Klospülung mit Sitzheizung neu zu programmieren. Für viele Berufe ist eine Technik- und Elektronikaffinität zudem zwingend notwendig und schützt geradezu spielend dauerhaft vor Arbeitslosigkeit – während der Autor dieser Zeilen mit seinen 43 Lenzen noch zu einer Zeit aufgewachsen ist, in der es keine Handys, sondern noch Telefone mit Wählscheibe (!) gab, und der dankbar ist, dass man mit einem Smartphone immerhin noch einer so profanen Tätigkeit wie dem Telefonieren nachgehen kann.

Und trotzdem, lieber Leser, können Sie sicher sein, dass Demokratie und Rechtsstaat – hoffentlich – auch dann noch unser gesamtes Leben prägen werden, wenn iPad und Samsung-Tablet längst Geschichte sind und eine neue Technologie uns das Denken vollständig abnimmt. Es kann also nicht schaden, sich damit zumindest ein wenig auszukennen und sich mit den wichtigsten Grundzügen dieser unbeschreiblich tollen Staatsform vertraut zu machen. Jeder Mensch, der in Deutschland lebt, wird im Laufe seines Lebens mit Sicherheit an einen Punkt kommen, an dem ihm Demokratie und Rechtsstaat nützlich sein werden oder an dem er gar auf sie angewiesen ist.

## Licht am Ende des Tunnels - ein entgegenkommender Zug?

Ich möchte kurz noch einmal auf die oben genannten Antworten der Studierenden zurückkommen. Ich gebe freimütig zu: Es stimmt mich (ad 1) durchaus nachdenklich, dass junge, mündige und im Durchschnitt nicht auf den Kopf gefallene Studierende so mir nichts, dir nichts ausländischen Mitbürgern tatsächlich die Menschenwürde des Artikels 1 des Grundgesetzes aberkennen wollen – auch wenn ich sicher bin, dass sie die Tragweite ihrer etwas flapsigen Antwort nicht im Mindesten umrissen oder gar vollständig durchdrungen haben.

Auch muss man (ad 2) kein Gelehrter der Rechtswissenschaften sein, um zu vermuten, dass die Religionsfreiheit des Artikels 4 des Grundgesetzes jedwede Religionsausübung gewährleistet, d. h. selbstverständlich nicht nur die des Christentums. Es kann ja ebenso wenig ernsthaft in Frage stehen, dass auch in Schleswig-Holstein einem Erzkatholiken das Praktizieren seines Glaubens gestattet sein muss, selbst wenn die überwiegende Zahl der Menschen dort protestantisch ist. Zum Schmunzeln regt immerhin (ad 3) die Ansicht an, dass die Rechtsfähigkeit des Menschen mit Vollendung des 18. Lebensjahres eintrete, weil hier ganz offenkundig die Rechtsfähigkeit etwas tragisch mit der Geschäftsfähigkeit verwechselt wurde. Aber man studiert ja immerhin, um etwas Neues zu lernen, und so kläre ich die Verwechslung geduldig und gerne auf.

Die Rechtsfähigkeit, die übrigens nicht im Grundgesetz, sondern in § 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs geregelt ist, besteht nämlich schon mit der Vollendung der Geburt und bedeutet schlicht, dass der Mensch Träger von Rechten und Pflichten sein kann. Bereits in den ersten Lebenstagen kann der Mensch daher beispielsweise eine Erbschaft machen oder der – zugegeben wenig attraktiven – gesetzlichen Verpflichtung unterliegen,

Einkommensteuer zu zahlen. Ein berühmter Satz, den jeder Jurastudent kennt, lautet: „Ist das Kindchen noch so klein, kann es doch schon Erbe sein.“ Und der erste Brief, den meine Tochter im Alter von ca. 14 (in Worten: vierzehn) Tagen (!) zugestellt bekam, war ein an sie persönlich adressierter Brief des Bundeszentralamts für Steuern mit Sitz in Berlin, der ihre persönliche, lebenslang gültige sog. Steueridentifikationsnummer enthielt.

Solange solche Vorgänge in Deutschland noch reibungslos funktionieren (wohingegen man z.B. seltsamerweise ohne die formale Vorlage einer sog. Ledigkeitsbescheinigung beim Standesamt nicht heiraten kann, obwohl die beteiligten Behörden im Amt meist Tür an Tür sitzen und die erforderlichen Informationen daher alle bekannt sind – nach meiner Kenntnis gibt es heutzutage sogar schon Computer, die Daten speichern können!), müssen wir uns über den vielbeschworenen Untergang des Abendlandes keine Sorgen machen. Die deutsche Gründlichkeit ist nun einmal die große Schwester des Behördenwahnsinns (denken Sie an den berühmten Verwaltungsdreiklang: gelesen, gelacht, gelocht!). Unwillkürlich fühlt man sich an den Klassiker des Hauptmanns von Köpenick aus dem beginnenden 20. Jahrhundert erinnert (meisterhaft verarbeitet in einem Theaterstück von Carl Zuckmayer und brillant gespielt vom unvergessenen Harald Juhnke): „Ohne Pass gibt es keine Arbeit und ohne Arbeit keinen Pass.“ Sie müssen in diesem Satz nur das Wort „Pass“ durch das Wort „Steueridentifikationsnummer“ ersetzen, und schon haben Sie die höchste Stufe des Realitätsverlusts erreicht. Das juristische Nirwana sozusagen, nach dem alle Rechtsverdreher streben (ansonsten wird man als Wurm wiedergeboren). Tatsächlich aber müssen Arbeitgeber heute für die korrekte Lohnabrechnung die Steueridentifikationsnummer mitgeteilt bekommen, und selbstständig Tätige müssen diese im Rahmen der Einkommensteuererklärung ebenfalls angeben. Aber das nur am Rande.

Im Übrigen wäre, um wieder zum Ausgangspunkt zurückzukommen, die Konsequenz der Verneinung der Rechtsfähigkeit eines sechzehnjährigen Schülers die unweigerliche Frage, wie der Schüler denn ansonsten rechtlich einzuordnen wäre: Handelt es sich dann rechtlich um eine Sache gemäß § 90 BGB (ein körperlicher Gegenstand?) oder gar eine sogenannte nicht-rechtsfähige Vermögensmasse? Scherze über adipöse Jugendliche (Motto: „Stau am dritten Ring“) aus reichem Elternhaus aber verbieten sich selbstverständlich, zumal in öffentlichen Vorlesungen. Bei Äußerungen dieser Art würde der Dozent heute auch sicherlich sofort mit einer Klage nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) überzogen werden, das Schutz vor Diskriminierungen bieten soll. Dem soll hier daher nicht weiter nachgegangen werden, auch wenn es sich nicht leugnen lässt, dass Bildung im wahrsten Sinne des Wortes heute oft weniger Gewicht hat.

Und falls Sie es noch nicht wussten, noch der Vollständigkeit halber: Die Grundrechte können (ad 4) – Gott sei Dank – nicht nur nicht von der Bundesregierung nach Gutdünken geändert werden, sondern sie können überhaupt nicht geändert werden (siehe Artikel 79 Absatz 3 Grundgesetz). Eine Welt, in der die Bundesregierung, oder schlimmer noch der Bundeskanzler bzw. die Bundeskanzlerin im Alleingang, je nach Tagesgeschehen, Stimmungslage oder politischer Couleur, die Grundrechte ändern oder abschaffen könnten, erscheint unvorstellbar, wird aber doch mit aller Ernsthaftigkeit von Studierenden vorgetragen. Das wäre aber dann doch wohl eher die Situation eines Staatsstreiches (auch Putsch genannt), was keineswegs lustig ist und im Übrigen mit den Studierenden noch gut bekannten, allerorten üblichen „Abi-Streichen“ nichts gemein hat.

Vor allem historisch betrachtet endeten Staatsstrieche regelmäßig mit Blutvergießen. Denken Sie nur an den Geschichts-

unterricht und den leider fehlgeschlagenen Hitlerputsch von 1923 oder neuerdings an die Entmachtung des ägyptischen Präsidenten Mursi durch das Militär im Jahr 2013. Hinzu kommt: Der AfD-Partei z.B. wäre eine solche Änderungsmöglichkeit hinsichtlich der Grundrechte von Minderheiten sicherlich sehr willkommen, insofern bleibt zu hoffen, dass diese Gruppierung auch weiterhin nur eine sehr untergeordnete politische Rolle spielen wird. Die Anschläge auf die Demokratie kommen aber näher, und zwar leider im bittersten Sinne des Wortes, wenn ich nur an den Anschlag des Islamischen Staates auf den Weihnachtsmarkt an der Gedächtniskirche im Dezember 2016 in Berlin denke. Manche Äußerungen des gegenwärtigen US-Präsidenten Trump lassen leider ebenfalls den Schluss zu, dass Grundrechte eher als bloße Empfehlungen denn als zwingende gesetzliche Leitlinien anzusehen wären. Er lebt, fernab von jedem staatsmännischen Habitus, nach dem „Pippi Langstrumpf-Prinzip“: „Ich mache mir die Welt, [...] wie sie mir gefällt.“

Im Übrigen hat es Änderungen des Grundgesetzes seit Inkrafttreten des Gesetzes im Jahr 1949 zwar nicht zahlreich, aber doch immer wieder gegeben: Durch Neufassung des Artikels 12a Absatz 4 des Grundgesetzes am 19. Dezember 2000 beispielsweise ist bei der Bundeswehr der freiwillige Dienst von Frauen an der Waffe möglich geworden. Vor der Grundgesetzänderung hieß es im Artikel 12a Absatz 4 Satz 2 des Grundgesetzes, dass Frauen „auf keinen Fall Dienst mit der Waffe leisten dürfen“. Nunmehr heißt es dort nur noch: „Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.“ Das mag spitzfindig oder kleinkariert klingen, je nach Sichtweise. Wer aber in beiden Formulierungen auch nach mehrwöchigem Nachdenken keinen Unterschied erkennen kann (Gleiches gilt übrigens beispielsweise für den Unterschied der Worte „anschei-

nend“ und „scheinbar“), der wäre jedenfalls für ein Studium der Rechtswissenschaften ungeeignet. Das darf man durchaus als Kompliment verstehen! An derlei Wortspielen können sich Advokaten stundenlang ergötzen – das hat ähnliches Suchtpotenzial wie Schokolade, macht aber nicht dick. Die Juristen sind schon ein merkwürdiges Völkchen, und wer nicht dazu gehört, lebt mitunter leichter. Dem früheren französischen Staatsmann Charles de Gaulle wird das Bonmot zugeschrieben: „Die zehn Gebote sind deswegen so kurz und logisch, weil sie ohne Mitwirkung von Juristen zustande gekommen sind.“ Da ist, wie bei den meisten Sinnsprüchen oder Sprichwörtern, durchaus im Kern etwas Wahres dran.

Die genannte Neufassung des Artikels 12a Absatz 4 des Grundgesetzes, die übrigens auf die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs zurückgeht, lässt es damit heute zu, Frauen auf freiwilliger (beruflicher) Basis den Zugang zum Dienst an der Waffe zu ermöglichen – auch wenn weite Teile der männlichen Streitkräfte dies als unnötigen Mumpitz abgetan haben (in Wahrheit sind natürlich noch deutlichere Worte gefallen, die ich mir und Ihnen hier aber ersparen möchte). Ich bin in der größten Garnisonsstadt in Norddeutschland aufgewachsen und weiß, wovon ich spreche. Aber wer mag schon beklagen, dass in sämtlichen deutschen Kasernen für unglaublich viel (Steuer-)Geld Damentoiletten eingebaut werden mussten, wenn unser ranghöchstes Gesetz genau dies vorgibt (oder besser gesagt, wenn hochrangige Verfassungsrichter behaupten, das Grundgesetz gebe dies vor)? Bevor ich aber für diese spöttischen Äußerungen wegen Hochverrats (auch das gibt es noch, der gute alte Captain Jack Sparrow lässt grüßen, siehe § 81 Strafgesetzbuch) belangt werde, wechsele ich lieber schnell das Thema.

## Nichts ist für die Ewigkeit - oder doch?

Eine Abschaffung der Grundrechte bzw. eine Änderung in ihrem Kernbestand ist im Übrigen auch dem deutschen Parlament wegen Artikel 79 Absatz 3 des Grundgesetzes verwehrt (man nennt das die sogenannte Ewigkeitsgarantie). Der Wesensgehalt der Grundrechte muss für immer, ebenso wie die tragenden Säulen unserer Verfassung (etwa das Demokratie- und das Rechtsstaatsprinzip), auch bei Änderungen des Grundgesetzes im Wortlaut unangetastet (das ist Juristendeutsch für „erhalten“) bleiben. So haben es die Väter (ich bitte die Leserinnen, dies nicht als diskriminierend zu verstehen – damals waren nun einmal ausschließlich Männer „am Ruder“) des Grundgesetzes vor dem Hintergrund des Grauens im Nationalsozialismus für alle Zukunft entschieden.

Und schließlich gilt (ad 5): Die Grundrechte sind – natürlich – auch in Sachsen nicht anders ausgestaltet als in Schleswig-Holstein oder im Saarland, und auch für Bayern gilt, ungeachtet der Bezeichnung „Freistaat“ und entgegen der manchmal eigenen Wahrnehmung des Horst Seehofer und seiner Partei in unserem südlichen Bundesland, meines Wissens keine Ausnahme. Das ist schon deshalb formal nicht anders denkbar, weil das Grundgesetz ein sogenanntes Bundesgesetz ist und es damit im gesamten Bundesstaat Bundesrepublik Deutschland gilt (anders wäre das z. B. bei einem Staatenbund, der kein wirklicher Staat ist und der weder über ein eigenes Gebiet noch über eigene Staatsangehörige verfügt; Beispiele: Die Benelux-Union oder die Andengemeinschaft).

Zwar gibt es, wenn man so will, auch individuelle „Grundgesetze“, d. h. Verfassungen der sechzehn deutschen Bundesländer (nein, Mallorca gehört nicht dazu), und darin finden sich gelegentlich durchaus Überraschungen bzw. Regelungen, die in

eklatantem Widerspruch zum Bundesrecht stehen. In Artikel 21 Absatz 1 der Hessischen Landesverfassung etwa heißt es: „Ist jemand einer strafbaren Handlung für schuldig befunden worden, so können ihm auf Grund der Strafgesetze durch richterliches Urteil die Freiheit und die bürgerlichen Ehrenrechte entzogen und beschränkt werden. Bei besonders schweren Verbrechen kann er zum Tode verurteilt werden.“ Im Gegensatz dazu besagt Artikel 102 des Grundgesetzes in aller Klarheit: „Die Todesstrafe ist abgeschafft.“ In der Kürze liegt die Würze.

Sollte ich daher, wenn wieder mal am Gehaltsende noch so viele Tage des Monats übrig sind, den nächsten bewaffneten Raubüberfall mit eventueller Todesfolge auf einen Juwelier lieber auf der Düsseldorfer Königsallee statt in der Wiesbadener Wilhelmstraße verüben? Unbedingt, möchte man meinen, denn nur so entgeht man offenbar dem hessischen Henker. Immerhin hilft aber hier der alte Grundsatz: „Bundesrecht bricht Landesrecht“, der in Artikel 31 des Grundgesetzes so kurz wie unmissverständlich kodifiziert worden ist, so dass auch der kapitale hessische Straftäter unbesorgt aufatmen kann.

## **Fragen über Fragen oder: Bei Fragen einfach fragen**

Diese Beispiele zeigen anschaulich, dass manche Studierende offenkundig nicht „in guter Verfassung“ sind. Hier setzt das vorliegende Buch an. Es will vielleicht nicht Leidenschaft (das wäre vermutlich etwas zu viel verlangt), aber doch Interesse wecken für die großen, grundsätzlichen, rechtlichen Fragen, die sich jeder Bürger stellen sollte, der in der Bundesrepublik Deutschland aufwächst bzw. hier lebt. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit lauten diese etwa: Was ist Recht und was ist Unrecht? Was kennzeichnet einen Rechtsstaat, was eine Demo-



kratie? Was sind die Vorteile, was die Schwächen und Grenzen von Rechtsstaat und Demokratie? Gibt es (ernsthafte) Alternativen und was würde das bedeuten? In welchem Verhältnis steht der Bürger zum Staat? Was darf der Bürger vom Staat erwarten und was nicht (und umgekehrt)? Welche Rechte hat der Bürger gegenüber anderen Bürgern und gegenüber dem Staat? Gibt es Situationen, in denen der Bürger gleichsam rechtlos gestellt ist und wie könnte man sie vermeiden? Wie läuft die Rechtsfindung ab und welche Institutionen stellt der Staat hierfür bereit? Was bedeutet die Mitgliedschaft in der Europäischen Union für unser Land und was kommt nach dem Brexit? Was sind die Menschenrechte?

Vieles hiervon mutet schon fast philosophisch an, und in der Tat beschäftigt sich unter anderem die Rechtsphilosophie als Teilgebiet der Rechtswissenschaften mit eben diesen Fragen. Was Recht ist, lässt sich also nicht nur rein rechtlich beantworten, sondern ist naturgemäß auch Ausdruck einer bestimmten Geisteshaltung oder Weltanschauung. Die Beantwortung dieser Fragen nötigt uns aber, neben manchmal aufscheinenden philosophischen, ethischen, moralischen oder theologischen Aspekten, leider auch zur Befassung mit einer von sich aus wenig lebendigen Materie, nämlich mit geschriebenem Recht und damit mit Gesetzen. Keine Sorge – ich werde versuchen, dies auf ein Minimum zu beschränken und nur dort das Gesetz wörtlich zu zitieren, wo es mir für das Verständnis insgesamt unerlässlich schien. Dennoch soll der Schwerpunkt dieses Buches auf den rechtlichen Zusammenhängen einiger der eben beschriebenen Fragestellungen liegen.

## Gesetze - ein notwendiges Übel

Der Umgang mit Gesetzen ist mühsam und beschwerlich, manchmal auch für Juristen. Gesetze taugen auch nicht zwangsläufig als Vorbild für gute und verständliche Sprache. Otto von Bismarck soll gesagt haben: „Gesetze sind wie Würste, man sollte besser nicht dabei sein, wenn sie gemacht werden.“ – Ein mir bekannter Fleischermeister isst nach seinen Erlebnissen in einer Geflügelzucht in der Tat keine Wurst mehr; keine Sorge, Bio ist natürlich was ganz anderes! Die Komplexität liegt einerseits darin begründet, dass Gesetze universell einsetzbar sein müssen. Jeden im täglichen Leben denkbaren Einzelfall durch ein einzelnes Gesetz zu regeln, wäre vielleicht im Sinne von Einzelfallgerechtigkeit wünschenswert, aber von vornherein ein hoffnungsloses Unterfangen. Das Leben ist bunt und der Herr hat einen großen Tiergarten. Das Leben hält auch immer mehr Fälle bereit, als es sich der noch so einfallsreiche Gesetzgeber je vorstellen kann – ganz egal, welcher Partei er angehört. Obwohl: Manche Politiker haben schon wirklich sehr, sehr viel Phantasie ...

Anderenfalls, d.h. ohne die notwendige Flexibilität von Gesetzen, wäre es auch kaum möglich, die Gesetze stets dem jeweiligen Zeitgeist anzupassen. Das würde eine unerträgliche Verwaltungsarbeit und die ständige Revision von Einzelfallgesetzen bedeuten, was nicht wünschenswert sein kann. Aber natürlich gibt es das Atomgesetz in Deutschland erst, seit es Kernkraftwerke gibt, und natürlich wäre das Euro-Einführungsgesetz nicht notwendig gewesen, wenn der Euro zum 1. Januar 1999 nicht die D-Mark als Währung abgelöst hätte. Ständig kommen neue Gesetze „auf den Markt“, die im historischen Zeitablauf erstmals neu auftretende Phänomene oder Problemstellungen behandeln.

Ich will jedoch gerne zugeben, dass es auch allerlei unsinnige bzw. skurrile Gesetze und Verordnungen gibt, bei denen man sich mit gesundem Menschenverstand fragt, ob die Parlamentarier oder das jeweils normgebende Organ bei der Verabschiedung des Gesetzes bzw. der Rechtsnorm „zurechnungsfähig“ waren (gemeint ist hier die oben angesprochene Geschäftsfähigkeit). So regelt etwa § 27 Absatz 6 der Straßenverkehrs-Ordnung: „Auf Brücken darf nicht im Gleichschritt marschiert werden.“ Dass das statische Gründe hat und niemand gerne über eine Brücke geht, die zusammenzubrechen droht, liegt auf der Hand – aber muss man es gleich gesetzlich regeln?

Auch die frühere Zentrale Dienstvorschrift der Bundeswehr ZDv 3/11 liest sich so, als hätten die Verfasser noch die Nadel im Arm gehabt oder jedenfalls zu tief in den dienstlich gelieferten Flachmann geschaut. Dort hieß es zum „Leben im Felde“: „Ab einer Wassertiefe von 1.20 m hat der Soldat selbstständig Schwimmbewegungen aufzunehmen. Die Grußpflicht entfällt.“ Bravo. Ansonsten hätte man noch regeln müssen, dass der Soldat unter Wasser (auch unter Salzwasser?) die Augen zu öffnen hat, weil er sonst ja nicht sieht, wen er grüßt oder grüßen muss. Und der Deutsche Lehrerverband in Hessen stellte zur Sicherheit fest: „Besteht ein Personalrat aus einer Person, erübrigt sich die Trennung nach Geschlechtern.“ An Hermaphroditen (Zwitter) hatte man bei dieser Festlegung wohl nicht gedacht, aber lassen wir das. Es hat ja auch lange genug gedauert, bis diese Menschen nicht mehr mit dem Tode bedroht wurden. Bis immerhin 1994 stand ja, das wollen wir nicht vergessen, auch männliche Homosexualität in Deutschland noch unter Strafe, d. h. exakt bis 25 Jahre nach dem Jahr, in dem der erste Mensch (Neil Armstrong; nicht Louis, das war der andere mit der Trompete) einen Fuß auf den Mond setzte (1969). Wir lernen also: Technischer Fortschritt setzt sich schneller durch

als gesunder Menschenverstand bzw. Menschlichkeit. Armes Deutschland.

Andere Gesetze hingegen haben Jahrhunderte überdauert. Das Bürgerliche Gesetzbuch etwa, das die Rechtsbeziehungen vornehmlich von Privatpersonen regelt und das unter anderem Vorschriften über Minderjährige, Kaufverträge, Immobilien, die Ehe und die Erbschaft enthält, datiert vom 18. August 1896. Es wird zwar regelmäßig reformiert, und Vorschriften etwa über Verbraucher oder Versandhandelsgeschäfte enthielt die Ursprungsfassung natürlich noch nicht, weil Amazons Anfänge definitiv nicht bis in das 18. Jahrhundert zurückreichen. Und doch ist es den Verfassern des BGB seinerzeit gelungen, einen Kernbestand an Regelungen zu entwerfen, die auch heute noch Gültigkeit beanspruchen und jedenfalls von den meisten Menschen als gerecht empfunden werden.

Ein wenig aus der Zeit gefallen, sprachlich und inhaltlich, scheint inzwischen dennoch auch das Bürgerliche Gesetzbuch. In §961 dieses Gesetzes heißt es: „Zieht ein Bienenschwarm aus, so wird er herrenlos, wenn nicht der Eigentümer ihn unverzüglich verfolgt oder wenn der Eigentümer die Verfolgung aufgibt.“ Man stelle sich einmal vor, dass jemand heutzutage (gibt es dafür nicht eine App?) zu Fuß seinen Bienenschwarm verfolgt und dabei die Avus in Berlin überquert, was infolgedessen zu einer Massenkarambolage mit einem Sachschaden von nicht weniger als 20 Millionen Euro führt (für alle Nicht-Berliner: Die AVUS – Automobil-Verkehrs- und Übungs-Straße – ist heute ein Teil des Berliner Rings und war die erste ausschließliche, im Jahr 1921 für den Verkehr freigegebene Autostraße Europas).

Oder man stelle sich vor, dass jemand im 5. Stock eines Mehrfamilienhauses in Hamburg-Winterhude die Wohnung des Nachbarn aufbricht, weil der Bienenschwarm zu dessen Küchenfenster hereingeflogen und im Küchenschrank neben

dem guten Hutschenreuther-Geschirr (Modell Zwiebelmuster) von Oma sesshaft geworden ist. Ist das dann Hausfriedensbruch, der nach § 123 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft wird (natürlich begangen durch den einbrechenden Nachbarn, nicht durch den Bienenschwarm)? Wer „in die Wohnung, in die Geschäftsräume oder in das befriedete Besitztum eines anderen oder in abgeschlossene Räume, welche zum öffentlichen Dienst oder Verkehr bestimmt sind, widerrechtlich eindringt, oder wer, wenn er ohne Befugnis darin verweilt, auf die Aufforderung des Berechtigten sich nicht entfernt“, macht sich schließlich nach dieser Vorschrift im Grundsatz des Hausfriedensbruchs schuldig.

Hier aber hilft dem Bienenfreund möglicherweise § 962 des Bürgerlichen Gesetzbuchs weiter: „Der Eigentümer des Bienenschwarms darf bei der Verfolgung fremde Grundstücke betreten. Ist der Schwarm in eine fremde nicht besetzte Bienenwohnung eingezogen, so darf der Eigentümer des Schwarmes zum Zwecke des Einfangens die Wohnung öffnen und die Waben herausnehmen oder herausbrechen. Er hat den entstehenden Schaden zu ersetzen.“ Bei solchen Sätzen gerät der überzeugte Jurist gänzlich in Ektase, sie befördern ihn geradezu direkt ins Elysion. Die spannende Frage ist jetzt: Ist die Wohnung des Nachbarn eine „Bienenwohnung“ im Sinne von § 962 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, obwohl sie zugleich eine „Wohnung“ im Sinne des § 123 Strafgesetzbuch ist? Wer das nicht spannend findet, wäre für ein Studium der Rechtswissenschaften ebenfalls ungeeignet und kann weiterhin ein friedliches, unbescholtenes und deutlich glücklicheres Leben führen. Jedenfalls wäre das Verhalten des Bienenfreunds in diesem Fall wohl gerechtfertigt.

Historisch betrachtet kann das wohl kaum so sein, weil die Verfasser des Gesetzes vermutlich eher den gewöhnlichen Bienenstock im ländlichen, 8.000 qm Garten (und nicht den 8 qm

Balkon in Hamburg-Winterhude mit einem Quadratmeterpreis von 6.000 Euro) vor Augen hatten. Oder kann auch der von den Bienen heimgesuchte Küchenschrank eine Bienenwohnung in diesem Sinne sein? Falls ja, darf der Nachbar dann zuvor auch die Eigentumswohnung öffnen, um zur eigentlichen Bienenwohnung zu gelangen? Auch gibt es keine Vorschrift, die das Halten von Bienen in Hamburg-Winterhude verbieten würde. Immerhin gestattet uns, freilich in gewissen Grenzen, die sogenannte allgemeine Handlungsfreiheit, zu tun und zu lassen, was und wie es uns beliebt. Das Grundgesetz drückt dies in Artikel 2 Absatz 2 so aus: „Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.“ Ob die Haltung von Bienen in Innenstadtbereichen ordnungs- oder sittenwidrig ist, mag nun jeder Leser für sich selbst beantworten. Aber Vorsicht: Auch in Hamburg-Winterhude wird gerne Honig gegessen!

## **Zwei Juristen, drei Meinungen**

Das kleine Beispiel hat schon gezeigt, warum es so gut wie immer im Recht geht: Gesetzesauslegung einerseits und Güterabwägung andererseits. Da Gesetze notwendigerweise lückenhaft und allgemein gehalten sind, weil sie nicht jeden theoretisch denkbaren Einzelfall erfassen können, muss ihr Wortlaut ausgelegt werden. Die Auslegung, die in einem Rechtsstaat letztverbindlich nur Gerichten obliegen kann, ist gewissermaßen der Prozess, der dazu führt, dass einem bestimmten Gesetzeswortlaut verbindlich eine bestimmte inhaltliche Bedeutung beigegeben wird. Dabei kann, wie wir oben gesehen haben, diese Bedeutung unglücklicherweise von Gesetz zu Gesetz variieren,

# Über den Autor



Dr. Florian Haase, geboren 1974 in Berlin, lehrt als Professor für Rechtswissenschaften an einer Hochschule in Hamburg. Er ist Herausgeber und Autor von mehr als einem Dutzend Lehr- und Fachbüchern, Kommentaren sowie von mehr als 300 weiteren Beiträgen zum deutschen Verfassungs-, Steuer-, Gesellschafts-, Verwaltungs- und Arbeitsrecht.